

Werner Mittenzwei

Mittenzwei bei wikipedia > > >

(1927 – 2014)

deutscher Theater- und Literaturwissenschaftler, Professor für Literaturtheorie, Direktor des Zentralinstituts für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, ab 1972 Ordentliches Mitglied der AdW der DDR, ab 1983 Mitglied der Akademie der Künste der DDR, 1970 Lessingpreis der DDR, 1987 Friedrich-Engels-Preis der AdW der DDR, international anerkannter Brecht-Forscher.

Aus:

Werner Mittenzwei, Die Intellektuellen, Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2003

EPILOG

Der Umgang mit der Vergangenheit oder Das Schicksal des Marxismus am Ende des Jahrhunderts

Erster Abschnitt

Das Tui-Spiel. Die Intellektuellen aus West und Ost
treffen in neuen Rollen aufeinander

Einen wesentlichen Vorgang der Umwälzungen von 1989/90, der weniger deutlich in die Öffentlichkeit drang, hielt der amerikanische Historiker Charles S. Maier in seinem Buch *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus* fest: »Tatsächlich war 1989 eine Revolution gegen den Marxismus, der 1918 Teile der Arbeiterklasse begeistert hatte, ihnen 1945 aber von außen aufgezwungen worden war.«¹ Obwohl gerade das ein wichtiger Faktor war, von dem die gesamte Abwicklungspolitik der DDR-Intelligenz bestimmt wurde, argumentierte man damit nicht. Dabei hatte dieser Aspekt für die herrschende Schicht nach vollzogener Einheit eine große Bedeutung. Ein fortdauernder Dialog zwischen antikommunistischem Denken im Westen und marxistischem im Osten lag nicht in ihrem Interesse. Vielmehr galt es, die östliche Denkweise zu eliminieren oder in eine Randerscheinung zu verwandeln. Zwar konnten die Politiker zu Recht annehmen, daß der DDR-offizielle Marxismus keine Anziehungskraft mehr besaß und wenig Verteidiger finden würde. Außerdem steckte der Marxismus weltweit in der Krise. Doch das beruhigte sie nicht. In das Denken der marxistisch gebildeten DDR-Intelligenz vermochten sie nie so recht einzudringen, weil sie es mit dem offiziellen Marxismus gleichsetzten. Aber einige ihrer führenden Leute schienen bemerkt zu haben, daß es in den letzten Jahrzehnten eine starke Rückbesinnung auf einen Marxismus gegeben hatte, der sich vom offiziellen unterschied. Ob sie jedoch erkannten, daß sich dieser zu einer eigenständigen Denkkultur ausgeweitet hatte, auch wenn er die Opposition nicht anzuführen vermochte,

muß bezweifelt werden. Deutlich kommt das in den Überlegungen des Münchner Germanisten Wolfgang Frühwald zum Ausdruck, denen zufolge man wieder in eine Auseinandersetzung wie in den frühen fünfziger Jahren oder gar wie in den Zeiten der Weimarer Republik geraten könnte. Frühwald spielte bei der Abwicklung der geisteswissenschaftlichen Intelligenz der DDR eine wichtige Rolle und besaß später als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Einfluß auf die Politik. Ihm lag daran, vor der »Nostalgie«, vor einer Besinnung auf einen als undogmatisch geltenden Marxismus, wie den des Romanisten Werner Krauss, zu warnen. Sein Denken besaß nach wie vor Anziehungskraft auf die jüngere Generation, die es nach der Wende als »fröhlichen Marxismus« begriff und vom offiziellen abgrenzte. Bedenklich war nach Frühwald ein solcher Denkansatz schon deshalb, weil er stracks in die fünfziger Jahre zurückführte. Mit einer solchen Nostalgie wurde versucht, »einen im Kalten Krieg endgültig gerissenen Gesprächsfaden wieder aufzunehmen, als habe es die Rezeptions- und sozialgeschichtliche Weiterentwicklung der Literaturwissenschaft (und auch der Germanistik) über Kunstwerkphänomenologie, Interpretationsmode und New Criticism hinaus nie gegeben.«² Im Klartext heißt das, man wollte keine dem Pluralismus eigentlich gemäße fortwährende Debattenkultur mit dem Marxismus. Die im Westen während des Kalten Krieges entstandene Gesinnungsgemeinschaft, deren antikommunistische Prägung nicht zu übersehen ist, sollte erhalten bleiben. Innerhalb dieser meinte man genügend Richtungskämpfe ausmachen zu können, um den pluralistischen Anspruch aufrechtzuerhalten. Der spanische, aber seit langem in Deutschland lebende Philosoph und Publizist Heleno Saña hat das Schwinden der Pluralität so verallgemeinert: »Es gibt noch Meinungsverschiedenheiten und politische Debatten, aber nur gradueller, nicht fundamentaler Art. Wenn es darum geht, das System gutzuheißen oder in Schutz zu nehmen, sind sich fast alle einig.«³ Frühwald beschreibt Entscheidungen, die Politiker und die von ihnen ausgesuchten Fachleute zu treffen hatten. Daß diese dann zu den praktisch-organisatorischen Ausgrenzungsstrategien wurden, mußte ein Großteil der DDR-Intelligenz erfahren.

Im Anschluß an seine Bemerkung über die »Revolution gegen den Marxismus« schreibt Charles S. Maier: »Insofern war der Umbruch im Jahre 1989 weit weniger doktrinär und polarisierend, viel toleran-

ter und ziviler als die Revolution von 1918.«⁴ Das wird zu untersuchen sein.

Das offizielle Zusammentreffen zwischen der Ost- und der Westintelligenz in neuer Rollenverteilung fand während der Evaluierung und Abwicklung der wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR statt, die 1990 begannen. Was da vor sich ging, hat der daran beteiligte Westberliner Germanist Eberhard Lämmert als eine »nie dagewesene Situation« charakterisiert. In der Tat war das ein Vorgang, der in seiner ganzen Dimension erst in späteren Zeiten beschrieben werden kann. Mit ihm begann ein Tui-Spiel in großer Inszenierung. Für die Intellektuellen beider Seiten kam dieses Zusammentreffen einer Niederlage gleich, auch wenn ihnen diese zu unterschiedlichen Zeiten bewußt wurde. Einigen überhaupt nicht.

Im August 1990 bat die damals noch nicht beigetretene DDR-Regierung im Verein mit der Bundesregierung den Wissenschaftsrat, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu überprüfen. Für die Universitäten war eine »Selbstreinigung« angesagt, für die gesetzliche Regelungen erst im nachhinein geschaffen wurden. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, damals der Frankfurter Rechtshistoriker Dieter Sommer, berief eilig eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern, die sich der Aufgabe annehmen sollte. Ihr gehörten namhafte Gelehrte wie der Historiker Jürgen Kocka, der den Vorsitz führte, Wolfgang Frühwald, Eberhard Lämmert, Christian Meier, Wolfgang Raible und andere an. »Die ein oder zwei ›Ostler‹ unter ihnen hatten dabei nicht den leichtesten Stand«⁵, bemerkte Eberhard Lämmert. Ob sich Wissenschaftler einer solchen Aufgabe verweigerten oder gar gegen das gesamte Programm protestierten, ist nicht bekannt. Diese Kommission nahm ihre Arbeit zusammen mit Ministerialräten verschiedener Bundesministerien auf.

Was mit den außeruniversitären Einrichtungen werden sollte und welche Kriterien für die Abwicklung galten, hatte der Einigungsvertrag weitgehend offen gelassen. Darüber sollten die dazu berufenen Kommissionen selber entscheiden. Die Vereinigungsstrategie Helmut Kohls ging davon aus, möglichst große Teile der westdeutschen Bevölkerung an der Aufteilung des DDR-Besitzes und der Auflösung ihrer Institutionen zu beteiligen. Verschiedene Schichten sollten auf ihre Kosten kommen, denn schließlich hatte der Westen für die Einheit auch zu

zahlen. Wie den Banken, der Industrie, den Handelsketten galt es, der Intelligenz Vorteile zu sichern. Ging man doch davon aus, daß »die herbeigerufenen westdeutschen Wissenschaftler bald nicht nur Berater, sondern auch die Herren der östlichen Institutionen würden.«⁶ Inwieweit den einzelnen Beteiligten damals diese Zusammenhänge bewußt gewesen sind, ist schwer zu sagen; es gab genügend Verlautbarungen, um diese Vorgänge zu verschleiern. Aber eines dürfte nicht zu übersehen gewesen sein, daß eine staatlich instruierte Gruppe in Gemeinschaft mit Beamten der Ministerien antrat, die frühere Staatsnähe von DDR-Intellektuellen zu untersuchen, einen Großteil als belastet zu klassifizieren und dessen Ausgrenzung zu begründen.

Obwohl jedem klar gewesen sein dürfte, daß es bei diesem Verfahren um die berufliche Existenz der DDR-Intellektuellen ging, versuchte man die Evaluierung als etwas völlig Normales hinzustellen, als einen Vorgang, der zum wissenschaftlichen Leben der Bundesrepublik gehört. Was westdeutsche Gelehrte unter Evaluation verstanden, veröffentlichte die Akademie-Zeitschrift *spectrum*: »Wenn wir von Evaluation sprechen, dann gehen wir natürlich davon aus, daß der wissenschaftliche Input, der in eine zu evaluierende Arbeit eingebracht worden ist, dem Stand der Forschung entspricht ... Wenn wir von Evaluation sprechen, dann meinen wir die Prüfung von Arbeitsergebnissen darauf, daß sie für den Außenstehenden verständlich konsistent sind, daß es also keine Argumentationsbrüche gibt ...«⁷ Die durchgeführten Schnellverfahren hatten einschneidende Konsequenzen zur Folge. Sie führten zur Abwicklung von Forschungskapazitäten und schließlich zur Auflösung der Wissenschaftsbereiche in den Akademien. Was sich im Ergebnis dieser Evaluation und Abwicklung vollzog, war nicht ein Elitenwechsel, den nun einmal jede Umwälzung auf die Tagesordnung setzt, sondern die Ausgrenzung einer intellektuellen Schicht in einem nie gekannten Ausmaß. Noch Ende der neunziger Jahre sah sich ein UNO-Gremium veranlaßt, die Bundesrepublik auf verletzte Menschenrechte hinzuweisen; denn von den Wissenschaftlern der DDR seien nur zwölf Prozent weiterbeschäftigt worden. Der Eindruck, daß die Wissenschaftler nicht aus fachlichen, sondern aus politischen Gründen entlassen wurden, sei nicht zu übersehen.⁸ Wie die Evaluation in der Öffentlichkeit beurteilt wurde, beschrieb die Wochenzeitschrift *Freitag*. Der unsachliche Verlauf und die Fehlorientierung lasse den Verdacht aufkommen, »daß die ganze

Evaluation nur den demokratischen Schein wahren soll für Entscheidungen, die ganz woanders und nach anderen Kriterien getroffen werden. Ein Mäntelchen von Pseudoobjektivität um grobe Politik. Das sollten sich auch die unvoreingenommenen Bewerber fragen. Ihre Autorität, ihr Gewissen könnte manchem Übel Einhalt gebieten. Sie werden entweder Mittäter an der Vernichtung geistiger Potenzen oder Mithelfer einer Rettungsaktion. Aber haben sie die Wahl?«⁹

Eine Wahl hatten sie nicht, so wenig wie früher die DDR-Wissenschaftler. Doch konnten sie bestimmte Entscheidungen beeinflussen, so wie jene, über die sie jetzt zu befinden hatten, früher auch. Wie aber dachten die, die nicht unmittelbare Bewerber waren? Wie sah das Meinungsspektrum unter den Intellektuellen in den alten Bundesländern aus? Im Ergebnis der Wende fielen die meisten in die alte Mentalität zurück, die seit jeher die Staatsmeinung prägte. Sie folgten der Einladung Helmut Kohls, die östliche Gesellschaftsordnung zu überprüfen und sie illegitim, ja verbrecherisch zu finden. Die westliche Intelligenz zog aus unterschiedlichen Motiven mit. Nicht wenige fanden es gerechtfertigt, daß Stellen und Positionen mit nicht gerade lauterem Mitteln freigeräumt und von ihnen besetzt wurden. Dem einstigen Partner im wissenschaftlichen Dialog galt es jetzt »Mores« zu lehren. Andreas Graf beschrieb die Stimmung jenes Teils, der jetzt unverhohlen aggressiv auftrat, so: »Jetzt wird ›reiner Tisch‹ gemacht. Tabula rasa in der akademischen Landschaft der Ex-DDR. Das Evangelium für diese frohe Botschaft heißt ›Abwicklung‹.«¹⁰ Eine solche Haltung nahmen auch die ostdeutschen Bürgerrechtler ein, die jetzt zum Zuge kommen wollten. Einige davon suchten die westdeutschen Vorgaben an Radikalität noch zu übertreffen, was den vorsichtigen Teil der westlichen Intelligenz darin bestärkte, hier durchaus rigoros mittun zu können. Ein kleiner Kreis fühlte sich davon allerdings abgestoßen. Das nichtoffizielle, intimere Meinungsspektrum läßt sich vielleicht erst später erhellen. Daß es jedoch selbst in privater Umgebung Bekundungen gab, beispielsweise die Kürzung der Renten, die Strafrenten wegen zu »großer Staatsnähe« zu rechtfertigen, zeigt, wie weit man mitzugehen bereit war. Mit Erstaunen konnte man zur Kenntnis nehmen, wieviel Haß vorhanden war, der sich politisch verwerten ließ.

Die Zahl der linksorientierten Forscher in der Bundesrepublik war viel zu gering, um eingreifen zu können. Auch saßen sie nicht in

einflußreichen Gremien. Sie brachten ihre Solidarität zum Ausdruck, standen zu Unrecht kritisierten Kollegen bei. Mehr vermochten sie nicht zu tun.

Es gab Wissenschaftler, die einfach ihren Vorteil wahrnahmen und im Meinungsstrom der Medien mitschwammen. Andere Wissenschaftler entschieden sich für eine Mitwirkung, weil sie die Entwicklung in vernünftige Bahnen lenken wollten. Sie haben die allgemeine Linie zwar nicht korrigiert, aber dafür gesorgt, daß grobe Ungerechtigkeiten und Fehlentscheidungen vermieden wurden.

Die unterschiedlichen Haltungen spiegelten sich auch in den Gremien wider, denen die Evaluation oblag. Ihnen muß zunächst zugestanden werden, daß sie mit dieser Aufgabe völlig überfordert waren. Die ostdeutschen Kollegen nahmen die Evaluation ernst, sie protestierten nicht, kamen ihren Überprüfern sogar etwas unterwürfig entgegen. Erstaunt waren sie allerdings darüber, daß die umfangreichen Papiere über den Stand ihrer Forschung nicht gründlich zur Kenntnis genommen wurden. Sie merkten sofort, daß die andere Seite über sie nicht so informiert war wie man angenommen hatte. Dagegen schienen die Ostdeutschen über das wissenschaftliche Profil ihrer westdeutschen Bewerber besser informiert zu sein. Das anhaltende Interesse für die DDR-Literatur und -Wissenschaft hatte in früheren Jahren zu der Annahme geführt, man wisse gegenseitig über sich Bescheid. Doch das erwies sich als eine Fehleinschätzung. Die Evaluatoren haben später eingestanden, wie wenig vertraut sie mit den Verhältnissen in der DDR waren. Dieter Simon, damals Vorsitzender des Wissenschaftsrates und oberster Leiter der Überprüfung, räumte Jahre später als Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft »eklatante Fehleinschätzungen« ein. Doch distanzierte er sich schon 1991 vom Urteil seines Amtsvorgängers Hans Zacher, der die DDR-Forschung als »wissenschaftliche Wüste« bezeichnete. Simon stellte fest: »Ich habe dieses Urteil nie geteilt.«¹¹ Daß die Betroffenen ihren Beurteilern oft Arroganz und Vorurteile vorwarfen, war bei einer solchen Prozedur nicht verwunderlich. »Auch Gutachter sind Menschen aus Fleisch und Blut«, meinte Dieter Simon dazu. »Und unter ihnen gab und gibt es auch den Typ der Primadonna, die den Raum mit herrischem Blick betritt, sofort feststellt, daß sie von lauter inkompetenten, minderwertigen Figuren umgeben ist, und die sich entsprechend arrogant verhält.«¹² Daß es ar-

rogantes Auftreten gab, ist keine Feststellung von geschichtlichem Belang. Meist vollzogen sich die Evaluationsgespräche korrekt. Vielmehr geht es um den entscheidenden Grund: den politischen Auftrag.

In eine schwierige Situation geriet Jürgen Kocka, der als Historiker vor 1989 – wie viele seiner Kollegen auch – Kontakt zu ostdeutschen Kollegen besaß und in deren Einrichtungen aufgetreten war, die er jetzt als Kommissionsvorsitzender abzuwickeln hatte. Noch 1987 sagte er dort: »Thematisch, methodisch und bei vielen Einzelurteilen haben heute die Historiker in der Bundesrepublik und in der DDR mehr gemeinsam als vor 10 oder 20 Jahren. Die Kontakte nehmen zu. Das gegenseitige Verhältnis ist einerseits durch mehr Aufmerksamkeit, andererseits durch mehr Sachlichkeit bestimmt als früher. Vieles gerät in Bewegung.« Und in mündlicher Rede. »Vielleicht bewegt sich in der DDR mehr, als wir zu sehen vermögen.«¹³ Nunmehr hatte er die Einrichtungen, in denen er früher gesprochen hatte, zu liquidieren, seine einstigen Gesprächspartner auszugrenzen und einige wenige evaluierte jüngere Mitarbeiter für ein neues Institut auszuwählen, dessen Gründungsdirektor er wurde. Die Frage ist hier nicht, ob sich Jürgen Kocka in seiner Haut wohlfühlte. Er spielte die Rolle in einem politischen Lehrstück so, wie sie Wissenschaftler im Osten früher in den Kulissen der DDR gespielt hatten. Später meinte er, in Hinsicht auf das Abwickeln und Kündigen sei »des Guten zuviel getan worden«. Er selber geriet wieder in die Kritik der Kräfte, die auf einer noch radikaleren Ausgrenzung von DDR-Wissenschaftlern bestanden als er. Sein neugegründetes Institut wurde in seiner personellen Zusammensetzung für inakzeptabel befunden, weil es Forscher aus der liquidierten Akademie der Wissenschaften beschäftigte. In Artikeln der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* warf man ihm vor, eine unheilvolle Kontinuität von Ost-West-Seilschaften installiert und die »realsozialistischen Faultierfarmen« fortgeführt zu haben. Die Polemik zielte darauf, die ostdeutschen Historiker aus der Geschichtsschreibung, vor allem der jüngsten Geschichte, auszuschließen. Jürgen Kocka hielt dagegen und meinte, daß man von der DDR-Historiographie auch lernen könne. »Wenn sie (die DDR-Historiker – W. M.) den für sie neuen Kontext von radikaler Pluralität und Kritik akzeptieren, können sie in die Forschung Wichtiges einbringen, was der Neankömmling aus dem Westen leicht übersieht und nur schwer erkennt.«¹⁴

Aber wollte man denn eine »radikale Pluralität«? Lief doch die Abwicklung letztendlich auf die Ausgrenzung des Marxismus hinaus. Der politische Auftrag hatte die Abwickler in Widersprüche und Konflikte geführt, die sie als Wissenschaftler kaum zu bewältigen vermochten. Schließlich waren wieder die Parteigänger gefragt. Dabei spielten die parteipolitischen Unterschiede kaum eine Rolle.

Einige der Evaluatoren entwickelten die Idee, daß die Auflösung des DDR-Wissenschaftssystems Veränderungen auf der eigenen Seite im Gefolge haben mußte. Die »östliche Verholzung« müsse ebenso überwunden werden wie die »westliche Behäbigkeit«. Am weitesten ging in dieser Hinsicht wohl Eberhard Lämmert. Aber auch Jürgen Kocka hielt Korrekturen im eigenen Lager für notwendig. Nur so, meinte Lämmert, werde eine Chancengleichheit zwischen Wissenschaftlern in Ost und West möglich sein. Lämmert plädierte für »durchgreifende Veränderungen«, die vor allem in der »Einführung eines Angestelltenstatus« anstelle des professionellen Beamtendaseins für Professoren bestehen mußte, dann wäre es »sofort leichter gewesen, qualifizierte Wissenschaftler der Ost-Akademien mit Universitätsstellen zu versehen, und für alle künftig einzustellenden Professoren gäbe es die Gelegenheit zur Bewährung in Lehre und Forschung während einer Probezeit, die wiederum ihre Ersteinstellung für die Fakultäten nicht zu einer Entscheidung ›auf Leben und Tod‹ machte.«¹⁵ Doch solche Reformen, solch eine »kaum wiederholbare Chance«, erkannte Lämmert, hätte es nur geben können, wenn die Vereinigung »nicht im Beitritt steckengeblieben« wäre. Insofern zählten auch die westlichen Reformer zu den Verlierern. Ihr Einfluß reichte nur aus, um einzelne Einrichtungen und Forscher vor schneller rigoroser Abwicklung zu bewahren. Lämmert kritisierte, daß die Bundesregierung für den Prozeß der Liquidation, den sie auslöste, nicht die mindesten Auffangpläne vorbereitet hatte. Ob es sich dabei allerdings um »Nachlässigkeit« handelte, darf bezweifelt werden. Hier ging es um die Eliminierung eines Potentials, das als überflüssig und der Gesinnung der alten Bundesrepublik nicht zumutbar empfunden wurde. Deshalb stand nicht die Integration, sondern die Ausgrenzung im Vordergrund.

Es gab auch Kommissionsmitglieder wie den Münchner Germanisten Wolfgang Frühwald, die die Abwicklung als »Transformationsprozeß« bejahten. Frühwalds Standpunkt ließ sich schon in der gebrauchten Ter-

minologie erkennen. Er sprach von »Personalreduktion«. Es handle sich um »Bedarfs- nicht um Säuberungskündigungen«. Auch seien die meisten »mehr oder weniger freiwillig« ausgeschieden. Härtefälle gingen letzten Endes auf das »Diktat des Finanzministers« zurück. Für Frühwald war der Prozeß des »Aufbruchs und der Reform von oben« (Renate Mayntz) »weitgehend gelungen«. So hielt er es für nötig, dem sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf »höflich, aber entschieden« zu widersprechen, weil dieser den Prozeß der Evaluation in den neuen Bundesländern dahingehend charakterisiert hatte, daß die westdeutschen Besitzstände nach Ostdeutschland transferiert worden seien, um »die Dinge hier möglichst schnell genauso wie im Westen zu machen, damit sich keine Alternativen entwickeln«¹⁶.

Die andere Seite, die die Evaluation über sich ergehen lassen mußte, hat durch ihre und ihrer Landsleute selbstverschuldete Hilflosigkeit diese Prozedur eher erduldet als widerstanden. Auch wenn es an Protesten nicht fehlte, verhielt sie sich in der Regel naiv. Die ostdeutsche Bevölkerung gar nahm es ohne Bedauern hin, daß die Intelligenz der DDR abserviert wurde. Selbst für einzelne Führungsmitglieder der oppositionellen PDS waren die abgewickelten Wissenschaftler als Privilegierte keines Beistands wert. Von den Intellektuellen selber wurde die Evaluation mit Illusionen und Befürchtungen aufgenommen. Der Literaturwissenschaftler Karlheinz Barck von der Akademie der Wissenschaften ging 1990 auf einem Kolloquium in Siegen noch von einer »deutsch-deutschen Wissenschaftsunion« aus, durch die in einem wechselseitigen Lernprozeß eine Neuordnung der Gesellschaftswissenschaften der DDR erreicht werden müsse. Er beendete seinen Vortrag mit dem Satz: »Ich schließe in der Hoffnung, daß es uns ... gelingen möge, die zwischen uns in Gang gesetzten Formen der Zusammenarbeit in die zur Zeit noch unter wenig günstigen Auspizien stehende deutsch-deutsche Wissenschaftsunion hinüberzuretten.«¹⁷ Das war noch vor Abschluß des Einigungsvertrags. Barck stellte in seinem Beitrag auch die Frage: »Ist die Krise der Wissenschaften in der DDR eine Folge der Krise des Marxismus?«¹⁸

Die östliche Seite befand sich in einer schwierigen Situation. Die Betroffenen waren uneins mit sich selber. Einerseits empfanden sie es durchaus als nötig, daß die Bevormundung aufhörte. Jeder meinte, berechtigte Kritik am DDR-System vorbringen zu können. Andererseits

fühlten sie sich einem Überprüfungsverfahren ausgesetzt, das für sie ungünstig ausgehen mußte. Im Laufe der Zeit nahmen die Befürchtungen zu. Es fehlte nicht an Selbstkritik, die oft bis zur Selbstzerstörung ging. Doch eine wirkliche Auseinandersetzung fand kaum statt. Der westdeutsche Forscher Christoph Kleßmann, ein Spezialist auf dem Gebiet der doppelten Staatsgründungen und ihrer Entwicklung in Deutschland, vermerkte aus seinen Erfahrungen mit der ostdeutschen Intelligenz, »daß es häufig eine sehr schnelle Flucht nach vorn gab, eine eilig und scharf formulierte plakative Stalinismuskritik, aber vergleichsweise wenig Selbstreflexion und gründliche Analyse«. ¹⁹ Ein solcher Eindruck verwundert nicht. Wissenschaftler und Schriftsteller der DDR stießen sich im Unterschied zum offiziellen Marxismus frühzeitig vom Stalinismus ab. Obwohl dieser Vorgang ein individueller war, kam er einer neuen Qualität im marxistischen Denken gleich. Insofern konnte die Stalinismuskritik weder überstürzt noch, vom Ausdrucksvermögen des Einzelnen abgesehen, plakativ empfunden werden. Was nicht stattfand, war eine kollektive Verständigung darüber, wie mit dem offiziellen Marxismus zu verfahren sei, wie er einer radikalen Kritik unterzogen werden könne. Dazu hätte es einer eingreifenden Opposition bedurft.

Die Zeit unmittelbar nach der Wende erschien den meisten Marxisten ungünstig, sich mit Genossen und Kollegen auseinanderzusetzen, ihnen Fehler vorzuwerfen. Es hätte so ausgesehen, als kämen sie einer Aufforderung der Medien nach. Man fürchtete sich, in den Ruf eines »Wendehalses« zu kommen. Vor der Abrechnung mit dem Marxismus und seinen Vertretern scheute sich allerdings nicht der neugegründete »Verband unabhängiger Historiker«. Seine Mitglieder bedienten sich einer Sprache, die durch ihre aggressive Verurteilung abstieß. In ihren Verunglimpfungen übertrafen sie selbst die primitivsten Abwicklungsbegründungen der Boulevardpresse. »Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften herrschte eine erschreckende Situation. Jahrzehntlang erstickte ein ungenießbarer Brei aus Lüge und Halbwahrheit jede freie geistige Regung. Scholastische Albernheiten und abgestandene Gemeinplätze wurden als »einzige wissenschaftliche Weltanschauung« ausgegeben. Pseudowissenschaftler schwangen sich auf den Richterstuhl marxistischer Allwissenheit und diffamierten in dümmlicher Arroganz ganze Epochen der modernen Geistesgeschichte. Während man sich über Bücherverbrennungen der Nazis moralisch entrüstete, fand in der

DDR vierzig Jahre lang unter der Diktatur der SED eine »kalte Bücherverbrennung« viel größeren Ausmaßes statt. Wichtige Werke der Vergangenheit und Gegenwart verschwanden hinter den Panzertüren von Giftschränken und Speziallesesälen. Wie eine tödliche Krankheit legten sich Provinzialismus und eine oft bis ins Lächerliche gehende fachliche Inkompetenz über die sogenannten Gesellschaftswissenschaften, Philosophie, Soziologie, selbst Kunst- und Literaturwissenschaften wurden zu Bestätigungsinstanzen der SED-Beschlüsse. Das traurigste Los aber traf die Geschichtswissenschaft. ²⁰ Wortführer des Verbandes waren junge Leute, die ihren Konflikt mit der älteren Generation austrugen. Und der vollzieht sich immer emotional und (in seinem gerechten Anliegen) ungerecht. Das war so und wird so bleiben. Hinsichtlich der Geschichtsschreibung über die DDR und die der Arbeiterbewegung hatten ihre Akteure sogar recht. Nur hat ihr Vorstoß die notwendige Klärung und Aufarbeitung eher verhindert als in Gang gebracht. Zumal sich ihre Wortführer in den neunziger Jahren auch noch als Richter über die positiv Evaluierten aufspielten und die Evaluatoren der Kritik der konservativen Presse zutrieben.

Wie war es nun mit dem Marxismus unter den DDR-Intellektuellen bestellt? blieb er bis zuletzt die herrschende geistige Strömung? Ihm hatte sich vor allem die Aufbau-Generation über Irrungen hinweg verbunden gefühlt. Von ihm war ihr Leben und ihr Lebenswerk geprägt worden. Anders sah das schon die junge Generation, deren Denkweise von unterschiedlichen Strömungen und Erfahrungen beeinflusst wurde. Sich in diese differenzierten Zusammenhänge hineinzudenken, war keineswegs einfach. Die profilierten Intellektuellen in Kunst und Wissenschaft hatten in den vergangenen Jahrzehnten ihren eigenen Weg zu Marx gefunden, dabei allerdings versäumt, Schranken beiseite zu räumen, die den wahren Marxismus im gesamtgesellschaftlichen Raum verhinderten. Doch barg in den Jahrzehnten des Kalten Krieges ein solcher Versuch auch erhebliche Risiken. Dieser wäre von der anderen Seite genutzt worden, so daß selbst Brecht seinen Rosa-Luxemburg-Plan mit der Bemerkung zurückstellte, ich hacke mir doch nicht ins Bein, um zu zeigen, daß ich ein guter Hacker bin. Unter diesen Umständen wurde die Anwendung des Marxismus individualisiert und büßte an gesellschaftlicher Kraft ein. Das marxistische Denken der einzelnen Intellektuellen, der Wissenschaftler und Künstler, existierte neben dem offiziellen Marxismus.

Die jüngere Generation sah sich nicht in gleichem Maße genötigt, einen eigenen Weg zu Marx zu finden. Sie blieb mehr dem offiziellen Marxismus ausgesetzt, dem sie kritisch gegenüberstand. Doch wäre es falsch, nicht auch dort Veränderungen zu konstatieren. Sie lassen sich in die Phasen einordnen, die Alexander Fischer und Günther Heydemann vorgeschlagen haben. Ihnen ging es zwar um die Geschichtswissenschaft der DDR, doch treffen die von ihnen markierten Wendepunkte die Gesamtheit der geistigen Entwicklung. Eine Übergangsphase sahen sie zwischen 1945 bis 1948/49. Danach folgte die Konsolidierung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaften bis Ende der sechziger Jahre. Ab den siebziger Jahren setzte eine Verwissenschaftlichung ein, deren besonderes Kennzeichen »ein dialogisches Verhältnis zur Partei und erweiterte Freiräume« gewesen seien.²¹ In der letzten Phase hätten Wissenschaftler den Marxismus für ihr Fach, Künstler für ihre Kunst genutzt, ohne sich in ein starres System eingebunden zu fühlen. In der materialistisch-dialektischen Methode geschult, nutzten auch Intellektuelle, die sich nicht als Marxisten bezeichnen würden, den Marxismus wie andere geistige Strömungen auch.

Seit den siebziger Jahren mußte man zwischen marxistischem Denken und offiziellem Marxismus unterscheiden. Doch die Evaluationskommissionen gingen darauf gar nicht ein. Wie sollten sie das auch anstellen? Zwar wurden ganze Institute abgewickelt, aber nicht mit der Begründung, sie seien marxistisch orientiert. Dazu hätte sich vielleicht ein Teil der Wissenschaftler nicht bereit gefunden. So kam es, daß der Marxismus gar nicht zur Debatte stand, obwohl es allenthalben darum ging. Ihn wollte und konnte man nicht offiziell in das vereinigte Deutschland übernehmen. In der fünfzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik hatte es an den Universitäten nur wenig profilierte Marxisten gegeben, deren Forschungen auch als solche begriffen wurden. Diese sorgfältig eingegrenzte Proportion wäre ins Wanken gekommen, hätte man statt der Ausgrenzung eine Integration marxistischer Forscher betrieben. Auch aus diesem Grunde erwies es sich als notwendig, das Wissenschaftssystem der DDR als Ganzes abzuwickeln und den Wissenschaftlerbestand drastisch zu reduzieren. Daß die Wende »den Sieg über den Marxismus« gebracht hatte, wie Charles S. Maier formulierte, wurde kaum erwähnt, aber durch Evaluation und Abwicklung festgeschrieben.

Hier ist nicht der Ort, die Abwicklung in ihrer Gesamtheit darzustellen. Sie war in ihrem Ausmaß und in ihrer Art und Weise ein einmaliger Vorgang in der Geschichte. Die ältere Wissenschaftlergeneration wurde fast vollständig aus den Universitäten und Akademien ausgeschlossen. Dieser radikale Schritt machte verschiedene Verdunklungspraktiken notwendig. So schickte man Wissenschaftler in die »Warteschleife« und etablierte das »Wissenschaftler-Integrations-Programm« für zunächst zwei Jahre. In dieser Zeit sollten sich die Betroffenen selber bei den Universitäten in den neuen Bundesländern bewerben. Doch diese entließen die eigenen Leute, um eine »Durchmischung« mit westdeutschem Personal durchzuführen. Bald waren die Leitungspositionen von Institutionen, Lehrstühlen und akademischen Einrichtungen mit westdeutschen Gelehrten besetzt. Die noch verbliebenen Ostler mußten sich mit untergeordneten Stellen begnügen.

Wie die Mitglieder der Akademie der Künste, so wollte man auch die der Akademie der Wissenschaften nicht übernehmen. Bei den neuen Politikern galt dieses Gremium, im Einigungsvertrag als Gelehrtensozietät benannt, als ein Ärgernis. Sie betrachteten es weniger als eine traditionelle Einrichtung, sondern mehr als »staatstragendes« Gebilde. Da die Akademiemitglieder in keinem arbeitsrechtlichen Verhältnis standen, sie wurden gewählt, konnten sie weder entlassen noch abgewickelt werden. Vorerst. Von ihnen verlangte man ein eindeutiges Schuldbekennnis wegen Staatsnähe, ohne ihre Leistungen zu berücksichtigen. »So nahm die Bereitschaft der Akademiemitglieder, sich mit der Vergangenheit kritisch und selbstkritisch zu beschäftigen, zusehends in dem Maße ab, wie der politische Druck von außen wuchs und sich – am deutlichsten bei der öffentlichen Diskussion um die Akademie der Künste – herausstellte, daß Aufarbeitung und Bekenntnis in der Öffentlichkeit nur zu ausgedehnten, emotional aufgeladenen Personaldiskussionen führten, die meist in inhaltlosen Schuldzuweisungen endeten und oft nur politische Rachegefühle bedienten.«²²

Im Frühjahr 1991 stellten sich die Akademiemitglieder einer gewählten Evaluierungskommission, der auch auswärtige Gelehrte angehörten. Doch von diesen positiv Evaluierten wurden dann nur 5 Prozent in die neue Berlin-Brandenburgische Akademie übernommen. Eine merkwürdige Rolle spielte dabei der Münchner Althistoriker Christian Meier als Vorsitzender der Planungsgruppe. Sein Verhalten ist aufschlußreich

für den Typus des westdeutschen Intellektuellen in der Zeit der Vereinigung. Er gehörte zu denen, die vorsichtig operierten und sich von allzu forschen Beurteilern unterschieden. Meier ging es darum, deutliche und übermütige Verletzungen des Einigungsvertrags zu vermeiden. Innerhalb seiner Kreise hegte er sehr starke Zweifel, »ob es gelingen werde, die Auflösung der bisherigen Gelehrtensozietät samt der ›Entlassung‹ all ihrer Mitglieder notfalls vor Gericht« durchzuhalten. Doch selbst er, der vielen Ostdeutschen als fairer Gesprächspartner galt, fand sich letztlich im Einklang mit den Politikern, die den Ausschluß wollten. Er zeigte sich gesprächsbereit, befürwortete aber nicht das kleinste Maß von Integration. Helmut Kohl dürfte gewußt haben, daß er selbst auf diesen Typus vertrauen konnte. Der letzte Präsident der Akademie der Wissenschaften Horst Klinkmann übergab ihm die Liste der positiv evaluierten Mitglieder. Nicht nur, daß er diesen Vorgang später als eine »intellektuelle Posse« empfand, verfuhr er mit dieser Liste als Vorsitzender der Planungsgruppe in einer höchst eigentümlichen Art, die er selbst beschrieb: »Ich lege diese Liste hierhin. Wobei mir eine Szene aus einem früher weitverbreiteten Bilderbogen vor Augen steht: Der Alte Fritz für Jung und Alt. Dort steht ein preußischer Offizier vor Bürgermeister und Ratsherren der schlesischen Stadt Grüneberg und verlangt die Schlüssel zu den Stadttoren: Der Bürgermeister erwidert darauf: ›Hier auf dem Ratstisch liegen die Schlüssel; aber ich werde sie Ihnen unter keinen Umständen geben. Wollen Sie sie sich selber nehmen, so kann ich es freilich nicht verhindern‹. Will sagen: Ich erfülle eine Zusage an Herrn Klinkmann, indem ich diese Liste hier postiere. Zu Ihrer Kenntnis. Aber ich verbinde damit keinerlei Empfehlung.«²³ Den 95 Prozent der positiv Evaluierten wie auch den Mitgliedern, die sich gar nicht erst dieser Prozedur unterzogen, schickte der Berliner Senator für Wissenschaft, Manfred Erhardt, das Entlassungsschreiben, darunter weltbekannten Gelehrten. Der Präsident Horst Klinkmann, ein international geschätzter Experte für Nierenheilkunde und künstliche Organe, der bis zuletzt etwas retten wollte, ging durch alle HölLEN der Enttäuschung. Die ausgegrenzten Wissenschaftler gründeten die Leibniz-Sozietät e.V. und betrachteten sich als Erben der Gründung von 1700. In der Tradition der alten Akademie entwickelte sie mit Zuwahlen neuer Mitglieder aus Ost und West eine kontinuierliche wissenschaftliche Tätigkeit, die keinen Vergleich zur offiziellen Einrichtung zu scheuen brauchte.

Daß die Geisteswissenschaftler, so Eberhard Lämmert, mit ihren Projekten nicht die großen Verlierer der Evaluierung geworden sind, sei der Max-Planck-Gesellschaft zu danken, unter deren Patenschaft einzelnen Projektgruppen eine vorläufige Weiterarbeit ermöglicht wurde. Aber die großen Verlierer waren die Geisteswissenschaften schon. Es ist der Fürsprache solcher Berater wie Eberhard Lämmert zu danken, daß vor allem junge Wissenschaftler in diesen Einrichtungen aufgefangen wurden und sich weiter entwickeln können. Doch diese Möglichkeit erhielt nur ein verschwindend kleiner Teil. Kein Trost für die vielen Ausgegrenzten! In diesen Forschungseinrichtungen herrschte meist ein besseres geistiges Klima als an den Universitäten, wo die, die alle Überprüfungen bestanden hatten, sich als Randständige fühlten, die sich zu bewähren hatten. Zudem besaßen sie meist nur zeitgebundene Verträge. Eine solche Situation kam einer politischen Aufsicht gleich. Um ihre Existenzchancen nicht zu gefährden, standen sie erneut unter Anpassungsdruck. Das führte dazu, wie selbst Kollegen in den alten Bundesländern feststellen, daß viele defensiv argumentierten und kaum mehr wagten, frühere Richtungen und Ansätze, die über die DDR hinaus Interesse gefunden hatten, offensiv zu vertreten. Die Möglichkeiten, Gedankengebäude, die auf anderer Grundlage entstanden, weiter auszubauen, war geringer geworden. Hierin unterschieden sich die Wissenschaftler von den meisten Schriftstellern, die an ihrem Credo festhielten.

Mit der Abwicklung vollzog sich eine Publikationsoffensive von nie gekanntem Ausmaß, um das DDR-System zu delegitimieren. Da wurde wahrlich nicht gekleckert, sondern geklotzt. Man wollte es bei der Ausgrenzung des marxistischen Forschungspotentials nicht belassen. Nach dem Aufgebot von Widerlegungsliteratur zu urteilen, bedurfte es mächtiger Anstrengungen, um zu erklären, daß der Marxismus wirklich tot sei. Die vollständig erhaltenen Archive der DDR-Regierung, der SED und der verschiedenen Organisationen standen für die Wissenschaftler, Publizisten, Journalisten und Studenten bereit. Jeder Doktorand konnte sich jetzt mit den Protokollen des Politbüros, den Dossiers der Staatssicherheit usw. befassen. Doch eine Goldader wurde in den Aktenbergen nicht entdeckt. Kein Winkel der DDR und der Lebensweise des Landes blieb unbeleuchtet. Dieser Sturm auf die DDR-Akten führte zu einer eklatanten Schiefelage in der Forschung. Die Politik der alten Bundesländer fand keineswegs das gleiche Interesse, wurde auffällig

vernachlässigt. Das mag auch daran gelegen haben, daß keine Öffnung der Archive in der alten Bundesrepublik stattfand. Dafür füllten im Laufe der neunziger Jahre Bücher und Aktenveröffentlichungen über das DDR-Regime, die Tätigkeit der Staatssicherheit, Vorgänge im DDR-Sport, im Kulturbund sowie den Anteil der Kirche am Widerstand usw. ganze Regale. Innerhalb kurzer Zeit entstanden Lexika über Personen der DDR-Geschichte, über die Terminologie der Staatssicherheit usw. Für die Veröffentlichungen der Enquete-Kommission unter der Leitung von Rainer Eppelmann *Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur* brauchte man 9 Bände in 18 Teilbänden; eine zweite Reihe *Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit* umfaßte 8 Bände in 14 Teilbänden.

Neue Institute entstanden, die als direkte Gegenründungen zur Ideologie des Sozialismus und der marxistischen Denkweise angelegt waren. Die Gauck-Behörde unterhielt eine eigene Wissenschaftsabteilung mit einer Schriftenreihe, die sich im Ch. Links Verlag Berlin innerhalb eines Jahrzehnts zu einer umfangreichen Bibliothek ausweitete, so daß das eigene Verlagsprofil verloren ging. 1992 wurde der Forschungsverband SED-Staat an der Freien Universität Berlin gegründet, der sich mit »Geschichte und Folgen der DDR« befaßte. In Dresden entstand das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Hier wurde die DDR mit in die Totalitarismustheorie einbezogen, obwohl Hannah Arendt die poststalinistische Entwicklung und erst recht die DDR außerhalb ihrer Theorie ließ. In Potsdam etablierte sich das Zentrum für Zeithistorische Forschung, das ursprünglich dem Diktaturenvergleich dienen wollte. Das waren nur einige der Neugründungen. Schon ihre Namensgebung verriet das erwartete Ergebnis. Nicht wenige dieser Publikationen förderten jedoch Tatsachen und Vorgänge zutage, die nicht nur für die Forschung, sondern auch für die politische Aufklärung unverzichtbar waren. Trotzdem: Argumentation und Welt-sicht vieler Verfasser offenbarten eine Einseitigkeit, als habe es den Pluralismus im geistigen Leben nie gegeben. Wie auch in anderen Zeiten, hatte der politische Auftrag seinen Preis.

Unter diesen Bedingungen konnte sich der Marxismus, der sich nicht in bester Verfassung befand, kaum erneuern. Selbst die Aufarbeitung der Geschichte, die Analyse der Niederlage, gestaltete sich schwierig. Der Großteil der Wissenschaftler aus Ost und West erlag durch den

Triumph der Einheit den Vorgaben der Politik und dem Durchsetzungsvermögen der Medien. Wie verhielten sich die Marxisten in dieser Situation? Die etwas vorschnelle Meinung von Guntolf Herzberg, Mitglied des Unabhängigen Historikerverbands und Mitarbeiter der Abteilung Forschung und Bildung bei der Gauck-Behörde, lautet, der Marxismus habe sich nach 1989 schnell verflüchtigt. »Fast alle Marxisten behaupten jetzt, er sei falsch oder steril oder unmodern, dogmatisch sowieso, man habe mit ihm nur gespielt, ihn nicht ernst nehmen können.«²⁴ Natürlich führte der Untergang der DDR auch zu Erschütterungen in den Weltanschauungen. Doch was Herzberg beschreibt, trifft mehr auf die Anhänger des offiziellen Marxismus zu, weit weniger auf das marxistische Denken der in der DDR aufgewachsenen Intelligenz. Nach der Niederlage mußte vieles auf den Prüfstand. Die Glaubenssätze von früher gerieten ins Wanken. Eine Erneuerung war weltweit nicht in Sicht. Die Skepsis überwog, wenn neue Losungen ausgegeben wurden. Die Intellektuellen mußten mit sich selbst ins reine kommen, ihren eigenen Weg überprüfen. Der Rechtshistoriker Hermann Klenner hat diese Situation beschrieben: »Ich kenne aus eigener Erfahrung den tiefsitzenden Widerwillen, seine schwer erarbeiteten theoretischen Grundlagen zu überprüfen oder gar in Frage zu stellen, aber die Überwindung dieses Widerwillens ist lebensnotwendig, ist überlebensnötig. Wer gebraucht wird, ist nicht frei; insofern sind Wissenschaftler niemals frei, auch wenn sie abgewickelt sind. Es steht ihnen nicht zu, nicht zu denken und nicht zu schreiben.«²⁵ Nun waren die neunziger Jahre eine Periode des Hasses. Keine gute Zeit zum Nachdenken, zur Selbstreflexion. Doch gerade da erwies sich beides als am notwendigsten.

Der Intellektuelle wurde auf sich selbst zurückgeworfen. Es gab nur wenig Inseln, wo eine Verständigung, eine kritische Überprüfung des begangenen Weges möglich war. Eric Hobsbawm beschrieb die Hochschulen als den einzigen Ort, wo der Historiker gegen den getrüben Blick ankämpfen kann. Aber daraus hatte man die Marxisten vertrieben. Dort dominierte der Geist der Ausgrenzung. Im Laufe der neunziger Jahre entstanden einzelne Foren, eingetragene Vereine, in denen debattiert und über neue Positionen nachgedacht werden konnte. Diese Chance wurde genutzt und eine anregende Arbeit in Gang gebracht. Hier fand ein Teil der abgewickelten Intelligenz eine Wirkungsstätte, hier konnten neue Ideen zur Diskussion gestellt werden.

Doch gelangten diese Institutionen selten über das ihnen zugewiesene Ghetto hinaus. In der modernen Demokratie konnte der Pluralismus als Prinzip gewahrt werden, wenn man separierte, was Störungen hervorruft, den geistigen Kreislauf in Unordnung bringt. Im wissenschaftlichen Hauptfeld ließ sich wenig erreichen. Doch in den gesellschaftlichen Randeinrichtungen traten einige neue Leute hervor, nicht immer jüngere, aber solche, die früher nicht im Vordergrund gestanden hatten. Sie verfaßten Bücher, die man zu übersehen suchte, aber nicht konnte.

Situationen wie die der neunziger Jahre trieben viele Intellektuelle in die Resignation. Ausgegrenzt, hörten sie auf zu schreiben. Hermann Klenner sah seinen Kollegen dieses Verhalten nicht nach. »Wofür ich ... überhaupt kein Verständnis habe ... ist das Schweigen, das Nichtschreiben und das Nichtpublizieren derer, die die Wissenschaft zu ihrem Lebensberuf gewählt haben. Öffnet die Schubladen von gestern, in denen das drin liegt, was gestern geschrieben worden war, und was vielleicht bis 1989 nicht publiziert werden durfte. Öffnet sie und bietet den Inhalt der Zeitschriftenfülle an, die uns nunmehr zugänglich ist, und wenn sie es nicht nehmen, dann schreibt wieder für die Schubkästen, denn es wird die Zeit kommen, wo auch diese Schubkästen einmal geöffnet werden können. Wissenschaftler, die gestern in Amt und Würden waren, die aber heute nichts mehr zu Papier bringen, waren vermutlich auch gestern keine.«²⁶

Zweiter Abschnitt

Nachdenken über das Scheitern

Eric Hobsbawm bezeichnet es als eine »sehr gefährliche Lage«, wenn Menschen von ihrer Vergangenheit wie von ihrer Gegenwart enttäuscht sind und die Zukunft ganz im Ungewissen liegt. Gefährlich läßt sich die Situation der ostdeutschen Intelligenz nur deshalb nicht nennen, weil sie durch eine allgemeine Resignation und Ratlosigkeit gedämpft wird. Der Regisseur Christoph Schroth beschrieb es so: »Daß man diese Gesell-

schaft von Grund auf verändert, das glaube ich nicht. Da habe ich keine Hoffnung, sehe zurzeit auch keinen Anlaß. Der utopische Gedanke ist verlorengegangen. Ich gebe zu, daß ich mich nach ihm sehne.«²⁷ Andere, jüngere, wie der 1960 geborene Physiker, Theaterregisseur und Schriftsteller Michael Schindhelm, hatten die sozialistische Utopie gar nicht erst aufgenommen. »Wir müssen das Steigerungssyndrom in uns bekämpfen und zu einem Maß des immer während Heutigen zurückkehren – zu einem Leben, welches das Maß von morgen nicht unbedingt als das bedeutendere Maß ansieht.«²⁸ Eric Hobsbawm meinte von den DDR-Schriftstellern der neunziger Jahre, sie seien »ohne Illusionen, aber nicht ohne Erinnerungen an ihre Träume«.²⁹

Vor dem Erkenntnisgewinn steht das Nachdenken. Die ostdeutsche Intelligenz mußte sich fragen, warum sind wir mit unseren Hoffnungen gescheitert? Sind wir falschen Idealen gefolgt oder wurden sie falsch umgesetzt? Was ist durch den Epochenbruch an den alten Ideen verbraucht, was haben wir entwicklungsgeschichtlich abgearbeitet, was stellt sich neu? Dieser unabgeschlossene Fragenkomplex kann in seiner Gesamtheit auch nicht annähernd erörtert werden. Hier soll nur die geistige Situation der marxistisch orientierten Intelligenz nach der Niederlage blitzlichtartig erhellt werden. Gab es für sie neben dem Chaos auch Erkenntnisse oder nur einen Abschied? Ist das marxistische Gedankengebäude zusammengebrochen oder aufgebrochen?

Zu erörtern ist, warum man Theoremen folgte, die intellektuelle Erkenntnis einschränkten. Es gab Grundsätze, die eisern bewahrt wurden, weil man meinte, die Geschlossenheit der sozialistischen Bewegung bewahren zu müssen. Festgehalten wurde an der Einheit von Politik und Wissenschaft, von Politik und Kunst, von Weltanschauung und Methode. Der Marxismus fand nach 1945 in der Form des Stalinismus Eingang in das Denken größerer Bevölkerungsschichten. Man wollte Menschen gewinnen und sie aus faschistischen Bindungen befreien. Deshalb rückte das Weltanschauliche, Propagandistische in den Vordergrund. Betont wurden die Elemente, die die endgültige Befreiung bringen sollten, den Sprung der Menschheit in das »Reich der Freiheit«. Der Marxismus galt dabei als »das aufgelöste Rätsel der Geschichte«. »Die Erlöserfunktion« der Lehre ließ sich leichter vermitteln als die materialistische Dialektik. So gelangten religiöse Züge in den Marxismus, die den verzweifelten, desillusionierten Menschen der Nachkriegszeit entgegentamen.

Aufgehoben oder verdeckt wurden diese Elemente dadurch, daß die Lehre von konsequenten Atheisten propagiert wurde. Die »Erlöserfunktion« des Marxismus weckte Illusionen, die in Enttäuschungen umschlugen. Die sozialistische Literatur nahm diese Züge auf. Hier, wo Ahnung dem Wissen vorausgeht, war sie die formende Kraft. Selbstkritische Marxisten wie Brecht verzichteten darauf nicht.

Unter diesen Bedingungen kam der wissenschaftliche Charakter des Marxismus zu kurz. Seine aufhellende Funktion und seine kritische Methode wurden geschwächt. Wegen der enormen Schwierigkeiten und Widersprüche beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft konnten sich die Anhänger des Marxismus nicht der Aufforderung verschließen, die Einheit und Geschlossenheit der marxistischen Weltanschauung auf allen Gebieten zu stärken. So wurde auch die Einheit von Politik und Wissenschaft hingegenommen. Daß Marx für eine deutliche Unterscheidung beider, für eine scharfe Trennung plädiert hatte, kam kaum zur Sprache und gelangte nicht in die öffentliche Diskussion. Diese Ausrichtung des Marxismus als Einheit von Weltanschauung und Methode beeinträchtigte sein kritisches Potential.

Die Entstellung des Marxismus führte auch dazu, daß Marx unter den Philosophen eine Ausnahmeposition zugesprochen wurde. Seine Lehre galt als *die* Lösung und schien nicht vergleichbar mit anderen Lehren. Dadurch war sie auch nicht kritisierbar. Das führte in den Anfangsphasen, vor allem während des Stalinismus, dazu, daß allein Zitate als Beweis dienten. So bekam der Marxismus etwas Scholastisches. Den Polemikpartnern wurde leicht gemacht, ihn beiseite zu schieben. Marx aber gehört, wie jeder andere große Denker der Weltgeschichte behandelt zu werden, wie Aristoteles, Kant oder Hegel. Er ist zeitgebunden und unterliegt dem Irrtum wie alle Großen der Geistesgeschichte. Wer ihn aus der Kritik herausnimmt, hat ihn nicht verstanden. Doch Kritik an Marx wurde als Revisionismus diffamiert. Dabei hatte schon Eduard Bernstein gemahnt, daß Fortentwicklung und Ausbildung der marxistischen Lehre mit deren Kritik beginnen müßten.

Der orthodoxe Marxismus hielt Einflüsse fern, die zu einer Fortentwicklung hätten beitragen können. Er hörte auf, ein pluralistisches Denkgebäude zu sein, was er von seinen Bedingungen her war. Marx bildete eine Denkkultur aus, die verschiedene philosophische Richtungen zusammenführte. Dieser pluralistische Ansatz wurde nicht fortgesetzt.

Statt dessen kam es zu Ergänzungen, die die Politiker diktierten. Der Marxismus aber bedarf der ständigen Erkenntnisweiterung aus dem Denken der Gegenwart heraus. Daß daraus kein eklektisches System wird, verhindert die materialistische Dialektik, deren Anwendung Marx großartig demonstrierte.

Um eine pluralistische Öffnung zu versperren, verpaßte man dem Marxismus die Kategorie der sozialistischen Parteilichkeit. Diese wurde während der Periode des Stalinismus extrem betont und diente als das entscheidende Kriterium bei der Beurteilung von wissenschaftlichen und künstlerischen Werken. Auch im alltäglichen Leben brauchte man diese Kategorie als ein Mittel der Disziplinierung, vor allem für die Erziehung der jungen Wissenschaftler- und Künstlergeneration. Dabei spielte der emotionale Faktor eine große Rolle. Nicht wenige haben diese Kategorie so verinnerlicht, daß sie zeitlebens davon nicht loskamen. In den siebziger und achtziger Jahren verlor sie jedoch an Bedeutung, obwohl die SED daran festhielt. Auf Gebieten, die nicht zu den Interessenschwerpunkten der Partei gehörten, spielte sie allerdings eine geringere Rolle. Die westliche Seite benutzte den Begriff als Schimpfwort, als Mittel der Denunziation, um marxistisch ausgerichtete Arbeiten abzuwerten, was ebenso undifferenziert war wie die Ergebnisgegenüber diesem Kriterium. Wissenschaft und Politik wie auch Kunst und Politik sind nicht in Übereinstimmung zu bringen.

Am gründlichsten und aufschlußreichsten hat sich mit dieser Problematik Eric Hobsbawm beschäftigt. In seinem Buch *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft* (1998) geht Hobsbawm davon aus, daß zwischen Politik und Wissenschaft »eine Grauzone verbleibt«, die sich auf die Wissenschaften, vor allem auf die Sozialwissenschaften auswirkt. Die Parteilichkeit war ja keine bloße Erfindung sozialistischer Politiker. Eine persönliche Bindung hat es in der Wissenschaftsgeschichte immer gegeben. Große Leistungen sind gerade dadurch zustande gekommen. »Die Tatsache, daß die Entwicklung solcher Wissenschaften mit der Parteilichkeit ihrer Vertreter untrennbar verbunden war – daß es einige von ihnen ohne diese praktisch nicht gegeben hätte, läßt sich nicht ernsthaft bestreiten ... Daß die Wissenschaften und vor allem die Sozialwissenschaften in der Vergangenheit grundsätzlich parteilich waren, beweist nicht, daß eine Parteilichkeit für sie vorteilhaft, sondern lediglich, daß sie unvermeidlich ist. Das Kriterium für den Nutzen einer

Parteilichkeit muß sein, daß sie den Fortschritt der Wissenschaft befördert ... Und parteiliche Wissenschaftler sind es, die am ehesten von den Erfahrungen »außerhalb« ihrer akademischen Arbeit Gebrauch machen.«³⁰ Eine rein akademische Wahrheit ist eine Mystifikation. Die Parteilichkeit, auch die persönliche, birgt Gefahren, kann von Nachteil und von Vorteil sein. Sie ist nämlich mit einer »politischen Anwaltschaft« verbunden, die wiederum mit der Individualität, der Persönlichkeit von Intellektuellen zu tun hat. In diesem Zusammenhang bildet sich das Engagement heraus, das für Wissenschaft und Kunst unverzichtbar ist, weil es zu einer Triebkraft werden kann. Dabei besteht immer die Gefahr, daß die legitime Parteilichkeit in die illegitime abgleitet. Inwieweit der einzelne in eine solche Gefahr gerät, hängt nicht immer nur vom Charakter oder dem Intellekt der schreibenden und forschenden Akteure ab. Es gibt auch politische Situationen, in denen nicht nur einzelne, sondern ganze Gruppen von der legitimen Parteilichkeit weggedrängt werden. Das ist vor allem dann der Fall, wenn Massenbewegungen und die Massenwirksamkeit der Medien eine Gesamtstimmung, eine Aussage über Zeiterscheinungen suggerieren, wie es diese zu Beginn der neunziger Jahre gegeben hat. Marxistisches Denken kann auf die persönliche Parteilichkeit nicht verzichten, denn es ist darauf ausgerichtet, dem Menschen aus seinen sozialen und existentiellen Nöten zu helfen. Deshalb, meinte Hobsbawm, brauche man heute die Gefahren und Nachteile einer parteilichen Wissenschaft kaum eigens zu betonen, ihre weniger offensichtlichen Vorteile dagegen schon.

So sehr der Begriff der Veränderlichkeit aller historischen Vorgänge den Marxismus bestimmte, die Auffassung über die Rolle der Arbeiterklasse blieb davon unberührt. Nach Meinung der orthodoxen Marxisten kam den Arbeitern durch ihre Stellung im Produktionsprozeß eine Vorbildrolle zu. Daran sollte sich die Intelligenz ausrichten und gelegentlich auch aufrichten. Diese Rollenverteilung, die die marxistisch orientierten Parteien vornahm, rief bei einzelnen Arbeitern wie auch Intellektuellen Schwierigkeiten hervor. Dennoch wurde sie von beiden Seiten angenommen. Sie leitete sich aus der Geschichte ab und besaß Tradition. Die Arbeiterklasse war die ausgebeutete, an den Verhältnissen leidende Klasse gewesen, und Marx sah in ihr, die keinen Zugang zu den Produktionsmitteln besaß, das Instrument, die bisherigen Verhältnisse umzustürzen. Deshalb galten alle organisatorischen und propa-

gandistischen Bemühungen der Einheit der Arbeiterklasse. Diese sollte auf keinen Fall preisgegeben werden. Doch um sie war es von jeher schlecht bestellt. Schon von der beruflichen Zusammensetzung her gab es schwer zu überwindende Unterschiede. Als sich die Arbeiterbewegung politisch zu profilieren begann, kam es zu erbitterten Richtungskämpfen zwischen Anarchisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und Troztkisten. Die Arbeiterklasse blieb auch über die einzelnen Parteien hinweg immer in einen revolutionären und einen evolutionären Flügel gespalten. Es existierte eine Ungleichzeitigkeit zwischen kommunistischer Revolutionserwartung, die sich aus einer plebejisch-kommunistischen Gleichheitsvorstellung herleitete, und einer Traditionslinie, die von einer evolutionären Soziologie mit den ihr eigenen Ideen einer Gesellschaftstransformation ausging.

Die Führung der DDR berief sich auf die Rolle der Arbeiterklasse um so mehr, je schwächer das Potential in der Bevölkerung wurde, auf das sie sich stützen konnte. Mit dieser ließ sich alles begründen und alles verdecken. Die Künstler und Schriftsteller hatten an der Formung dieses Mythos ihren Anteil. Die emotionale Kraft ihrer keineswegs unbedeutenden Werke überzeugten die Menschen mehr als die weit zahlreicheren Darstellungen der Geschichtsschreibung.

Die SED scheute keine Anstrengung, um Dichter, Maler, Bildhauer, Filmleute auf die Darstellung der Arbeiter zu lenken. Trotzdem fanden die meisten diese Thematik nicht aufgezwungen. Viele Werke wurden aus Überzeugung geschaffen, sonst wäre davon nicht eine solche Wirkung ausgegangen. Ausschlaggebend dafür waren zwei historische Gründe. Als sich der künstlerischen Intelligenz diese Aufgabe stellte, fand sie eine starke, faszinierende Traditionslinie vor, in der die Wandlung der Arbeiter von einer leidenden in eine kämpfende Klasse dargestellt wurde. Zu dieser Tradition gehören viele große Namen, es ging von ihr ein soziales und künstlerisches Sendungsbewußtsein aus. Eine ganze Reihe von DDR-Künstlern nahm diese Linie auf. Sie meinten, damit einer Menschheitsaufgabe und nicht nur einer Partei zu dienen. Der andere Grund bestand darin, daß die DDR nicht organisch aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung hervorgegangen war, sondern als Ergebnis der Zerschlagung des Hitlerfaschismus begriffen werden mußte. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus hatten Arbeiterklasse und Arbeiterorganisationen, als deren Fortführer sich die Kräfte nach 1945

begriffen, die größten Opfer gebracht. Gerade die junge Generation, die Hitler gefolgt war, sah in solchen Arbeitergestalten und Widerstandskämpfern ganz selbstverständlich ein Vorbild. Daß im Laufe der Jahrzehnte diese Sicht immer mehr instrumentalisiert wurde, ist nicht zu leugnen. Doch sollte man nicht übersehen, daß jeder Staat, der bestimmte Auffassungen und Bewegungen favorisiert, diese auch instrumentalisiert. Das geschieht zwangsläufig. Wenn dadurch nicht immer die notwendige Differenzierung zustande kam und der unversöhnliche Gegensatz zum Nationalsozialismus hervorgehoben wurde, »so ist doch unübersehbar, daß keine andere Schicht der Bevölkerung einen derart hohen Anteil an den Aktionen spontaner und individueller Opposition wie am organisierten und längerfristig angelegten Widerstand zu verzeichnen hat wie die Arbeiterschaft. Und keine politische Bewegung hat so entschieden und opferreich versucht, dem nationalsozialistischen Machtanspruch entgegenzutreten, wie die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Gruppierungen und Zellen in Illegalität und Exil.«³¹ Den Akten zufolge betrug der politisch motivierte Widerstand der Kommunisten 75 Prozent, der der Sozialdemokraten 10 Prozent und der christlich-bürgerliche 3 Prozent.³²

Im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts veränderten sich Gesicht und Struktur der Arbeiterklasse in Europa ganz entscheidend. Sie schien nicht mehr die Rolle auszuüben, die ihr zugeschrieben wurde. Man sprach von einer »altersschwachen« Arbeiterbewegung; aber in der DDR hielt die Theorie noch immer an der alten Sicht fest. Der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung ging zurück. In den achtziger Jahren stabilisierte er sich in den Ländern Westeuropas bei 25 Prozent. Darauf wies nach der Wende auch Jürgen Kuczynski hin, der sich ein Leben lang mit der Lage der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern der Welt beschäftigt hatte. »Und das heißt, daß die Arbeiterklasse in den großen Industrieländern sich im Prozeß der Auflösung befindet, und daß dieser Auflösungsprozeß ständig fortschreitet ... Schwer fällt es vielen Marxisten, von der Arbeiterklasse Abschied zu nehmen.«³³ In dem Maße, wie ihre Zahl sank, schied sie auch immer häufiger aus den Prozessen aus, die Europa veränderten. In den großen Demonstrationen für eine ökologische Umgestaltung traten die Arbeiter und die organisierte Arbeiterbewegung nur selten in Erscheinung, waren sie keine führende Kraft. Andere Schichten der Bevölkerung leiteten diese Ver-

änderungen ein. Die Gefahr einer Entpolitisierung war nicht zu übersehen.

Am deutlichsten wurde das in den letzten Jahren der DDR und zur Zeit der Wende. In den Initiativen für eine bessere DDR taten sich die Arbeiter und die Arbeiterklasse kaum hervor. Alternativen dazu kamen vorwiegend von der Intelligenz. Die Arbeiter entschieden sich für den Kapitalismus. Die DDR, deren Schöpfung ihnen zugeschrieben wurde, gaben sie sang- und klanglos auf. Die besitzende Klasse in Westdeutschland nahm ihnen die Produktionsmittel, als deren Eigentümer sie sich nie recht gefühlt hatten, und machte sie zu Käufern. Die Einführung in die neue Warenwelt glich einer Verzauberung, die allerdings nicht lange anhielt. Nach der Wende zeigten sie sich doppelt enttäuscht. Ihre Erwartungen an die DDR hatten sich nicht erfüllt, aber auch um die Hoffnungen des Aufbruchs von 1989/90 fühlten sie sich betrogen. Ihre so viel beschworene und besungene Kraft erlosch in einigen hilflosen Protesten gegen die Schließung ihrer Betriebe.

Die künstlerische Intelligenz, die das Bild der Arbeiterklasse als ein zentrales Anliegen ihrer Kunst begriffen hatte, trug schwer an der Enttäuschung. Jetzt sah sie, wie wenig ihre Schöpfung der Wirklichkeit entsprach. Je höher ihre Erwartungen gewesen waren, desto größer nahm sich ihre Ernüchterung aus. Den Maler Willi Sitte, der seine sozialistische Haltung auch nach der Wende nicht aufgab, muß diese Einsicht wie ein Schlag getroffen haben. Er faßte sie in die Worte: »Nie wieder Arbeiterklasse ... Die wollen zurechtkommen ... Da schmeißt man alles andere über Bord. Menschlich habe ich dafür Verständnis. Aber das ist für mich dann kein Thema mehr.«³⁴ Was bei Sitte bestürzend zum Ausdruck kam, war für andere ein längerer Ablösungsprozeß, ohne ein Abschied zu sein.

Mit der Arbeiterklasse werden Theoretiker und Historiker auch weiterhin Schwierigkeiten haben. Die geballte Kraft, die Veränderungen bewirkt, wird sie auch in Zukunft nicht sein, weder in Europa noch sonstwo in der Welt.

Ein Kernpunkt des Marxismus ist die Eigentumsfrage. Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die die Trennung von Produzenten und Eigentümern aufhob, sah man die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden. Doch was man mit einem Schlag zu lösen glaubte, erwies sich als äußerst problematisch. Nach der

Wende zeigte es sich, daß die Arbeiter die ihnen angeblich gehörenden Produktionsmittel keineswegs verteidigten. Das war vielleicht die bitterste Erfahrung. Das Volkseigentum unterschied sich vom persönlichen, vom Privateigentum. Die Erträge aus dem gemeinsamen Eigentum flossen nicht den Produzenten zu, sondern dem Staat. Die so geregelte Eigentumsfrage löste bei den Arbeitern kein neues Bewußtsein aus. Sie führte auch zu keiner höheren Arbeitsproduktivität gegenüber der auf Privateigentum beruhenden Produktion. Die Eigentumsfrage, vor allem die Form der Vergesellschaftung, blieb ungelöst.

Die marxistisch orientierten Intellektuellen sahen in der Lösung dieser zentralen Frage nicht nur ein Instrument zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, sondern einen Vorgang, der das menschliche Zusammenleben grundlegend verändern und zu einer neuen Qualität menschlicher Beziehungen führen sollte. Für sie war das der Punkt, der nach ihrer Meinung die Überlegenheit ihrer Weltsicht ausmachte. Glaubten sie doch, damit die Wurzel allen Übels und das Mittel zu dessen Beseitigung gefunden zu haben. Auf dem Internationalen Schriftstellerkongreß in Paris 1935, der zum Kampf gegen die faschistische Barbarei aufrief, lenkte Brecht zum Ärger mancher seiner Kollegen die Diskussion auf die Wurzeln des Übels: »Kameraden, denken wir nach über die Wurzel der Übel! Eine große Lehre nun, die immer größere Menschenmassen auf unserem Planeten, welcher noch sehr jung ist, ergreift, sagt, daß die Wurzel aller Übel unsere Eigentumsverhältnisse sind. Diese Lehre, einfach wie alle großen Lehren, hat jene Menschenmassen ergriffen, welche am meisten unter den bestehenden Eigentumsverhältnissen und den barbarischen Methoden, mit denen sie verteidigt werden, leiden. Sie wird in einem Lande, das ein Sechstel der Erdoberfläche ausmacht, wo die Unterdrückten und Besitzlosen die Herrschaft ergriffen haben, in die Tat umgesetzt. Dort gibt es keine Destruktion von Nahrungsmitteln mehr und keine Destruktion von Kultur ... Kameraden, sprechen wir von den Eigentumsverhältnissen! Das wollte ich zum Kampf gegen die überhandnehmende Barbarei sagen, damit es auch hier gesagt sei oder damit auch ich es gesagt habe.«³⁵ Daß die Veränderung der Eigentumsverhältnisse alles löse, erwies sich als eine Illusion. In dieser Hinsicht haben die Intellektuellen auch an ihrer eigenen Enttäuschung gearbeitet.

Nach der Niederlage des Sozialismus schien Marx passé, denn Sozial-

ismusvorstellungen ohne Lösung der Eigentumsfrage sind nicht denkbar. Bürgerliche Politiker gaben die Losung aus: Marx ist tot, Jesus lebt! (Norbert Blüm). Aber auch sozialistische Politiker wie die PDS-Abgeordnete Christa Luft entdeckten die Lust am Eigentum und erinnerten an die Worte des großen Aristoteles. Er, der die Unterscheidung von persönlichem Eigentum und Eigentum an den Produktionsmitteln noch nicht kannte, war der erste, der in seinen »Politischen Schriften« den Hang des Menschen am Eigentum als seiner Natur gemäß beschrieb. Die Lust am Eigentum sei wie die Liebe zu sich selber. Christa Luft machte folgenden Satz des Aristoteles ausgerechnet zum Motto ihres Buches über die Spuren der Treuhand: »Es ist ja mit Worten gar nicht auszudrücken, wieviel es für die Lebensfreude ausmacht, etwas als sein Eigentum zu betrachten.« Noch einen weiteren Satz des großen Griechen führte sie an, der sich in der von ihr ausgewählten Übersetzung tatsächlich so liest, als habe derselbe die Verhältnisse in der DDR gekannt. »Dazu hat die Gesellschaftsordnung, von der wir hier sprechen, noch eine weitere Schwäche: Denn das geringste Engagement wird den Dingen zuteil, die den meisten Eigentümern gemeinsam gehören. Denn um das Eigene kümmern wir uns am meisten, um das Gemeinsame weniger, oder doch nur so weit, als es einen jeden angeht, denn was das Übrige betrifft, so neigen wir eher dazu, es zu vernachlässigen, in der Annahme, es werde sich schon irgendein anderer darum kümmern ...«³⁶

Der Grundirrtum Lenins in seiner Schrift *Die große Initiative* bestand darin, daß er meinte, nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nach der Verwandlung der Produzenten in Eigentümer werde in ihnen, den Arbeitern, die gleiche Lust entstehen, wie sie Aristoteles den Besitzern von Privateigentum zugeschrieben hatte. Insofern sah Lenin im Eigentum eine ähnliche Produktivkraft wie der griechische Philosoph. Doch in der Form, in der es den Produzenten in Sowjetrußland ausgehändigt wurde, ging es verloren. Dabei hatte sich Lenin durchaus auf reale Vorgänge, die Subbotniks, stützen können. Sie waren allerdings auf eine bestimmte, vom Elan der Revolution geprägte Phase beschränkt geblieben. Mit der Vergesellschaftung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Aufhebung der Marktgesetze wurde die dem Eigentum innewohnende Triebkraft zerstört, die erhofften Wirkungen blieben aus. Die Arbeiter haben das Eigentum an den Produktionsmitteln, über das der Staat verfügte, nie richtig angenommen, weder in der

Sowjetunion noch in der DDR. Nach der Wende sprach man bisweilen darüber, wie miserabel die Arbeiter mit »ihrem« Eigentum umgegangen seien. Auch wenn solche Beispiele polemisch aufgebauscht wurden, ihr Grundgehalt ließ sich nicht widerlegen. Natürlich gab es auch Fälle, wo sich Arbeiter für das gemeinsame Eigentum aufopferten, ihm mehr Sorgfalt als ihrem persönlichen angedeihen ließen. Auch ist die sozialistische Wirtschaft nicht deshalb zusammengebrochen, weil die Arbeiter mit dem Volkseigentum nicht achtsam genug umgingen.

Das so formierte Volkseigentum brachte nicht die erhoffte Arbeitsproduktivität. Gerade in dieser Hinsicht blieb die sozialistische Wirtschaft hoffnungslos zurück. Der Abstand zu den westlichen Ländern wurde immer größer. Der Profit erwies sich als die größere Triebkraft. Alle Versuche, an dem eingeschlagenen Weg etwas zu ändern, schlugen fehl. »Ein Engagement, als Eigentümer denken und handeln zu wollen, prallte an starren und oft realitätsfernen Planvorhaben ab. Es wurde selten belohnt, sondern galt als störend.«³⁷ Unter Honecker nahm das monolithische Staatseigentum sogar zu, während bei Ulbricht noch unterschiedliche Eigentumsformen existierten. Diese Ausrichtung, die einer weiteren Enteignung gleichkam, führte noch mehr in die Krise.

Die Art und Weise, wie das Volkseigentum zustande kam, war keine Erfindung von Marx. Er wie auch Engels hielten es für notwendig, die Formen der Vergesellschaftung aus den historischen Umständen abzuleiten. Marx sah schon in den Aktiengesellschaften eine Stufe der »Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise«. Die Eigentumsfrage, die wieder offen ist, wird nur experimentell zu lösen sein, und zwar durch das aufwendigste aller Verfahren, das Gesellschaftsexperiment. Das monolithische Staatseigentum brachte keinen Erfolg, obwohl so mehr Gerechtigkeit und größere Ausgaben für gemeinnützige Vorhaben möglich wurden. Die Gefahren, die von einer Enteignung ausgehen, sind groß. Sie können ganze Bevölkerungsschichten davon abhalten, revolutionären Lösungen zuzustreben. In den zwanziger Jahren machte die große Krise die Menschen bereit, für ein anderes Wirtschaftssystem einzutreten. Doch das sowjetische Modell, auf das die Kommunisten wiesen, schreckte viele Menschen ab. Sie fürchteten, eine Enteignung werde neuen Haß auslösen und die betroffenen Schichten radikalieren. So werde es zu keinem Frieden, keiner neuen Form des Zusammenlebens

kommen. »Geraubtes Gut« sei keine gute Grundlage für eine andere Gesellschaftsordnung. Daher folgten viele Menschen lieber den Losungen der Nationalsozialisten, die autoritär gegenüber den Kapitalisten aufzutreten versprochen.

Doch ohne Lösung der Eigentumsfrage wird es vermutlich kein zufriedenstellendes Zusammenleben der Menschen geben. Das Beharren auf Eigentum an Produktionsmitteln sowie das freie Spiel des Marktes reichen nicht aus, Voraussetzungen für die Befriedigung so elementarer Bedürfnisse der Gesellschaft wie die Gesundheits- und Altersversorgung und das Bildungswesen zu schaffen. Die Polarisierung von Kapital und Reichtum auf der einen und Elend auf der anderen Seite hat in der Welt nicht aufgehört, sondern zugenommen. Ungehemmtes Gewinnstreben auf der Basis des Privateigentums kann in die Katastrophe, in die Barbarei führen. Das Eigentum ist janusköpfig. Es weckt Produktivität und Kreativität, reizt zu immer neuem und ungehemmtem Gewinn. Wenn das ein elementarer, der Natur des Menschen entsprechender Drang sein sollte, dann kann er auch den Menschen von allem Menschlichen »emanzipieren«. So macht er sich zum Zerstörer seiner selbst.

Niederlagen rufen Nachdenken hervor. Im letzten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts dominierten die Nachrufe auf den Sozialismus und den Marxismus. Doch wurde auch nach Alternativen gefragt. An welcher Stelle in der vierzigjährigen Geschichte der DDR gab es die Möglichkeit, einen anderen Kurs einzuschlagen, der nicht in die Niederlage geführt hätte? Historische Zäsuren boten sich einige an, ob sie jedoch die Rettung gewesen wären, bleibt fraglich. Die DDR entstand im Ergebnis der Zerschlagung des Faschismus und des beginnenden Kalten Krieges. Der neugegründete Staat kam über eine eingeschränkte Souveränität nie hinaus. Er blieb an das Schicksal des sowjetischen Sozialismus gebunden. Insofern wurden Kurskorrekturen immer in Abhängigkeit von den internationalen Konstellationen möglich, und die waren selten günstig. So läuft schließlich alles auf die Frage hinaus, ob die Idee des Sozialismus im zwanzigsten Jahrhundert auf Dauer überhaupt eine Chance hatte?

Wirklich reale Möglichkeiten zu eingreifenden Veränderungen bestanden eher in den unmittelbaren Nachkriegsjahren als in späteren Jahrzehnten. Verfehlt erscheint im nachhinein der Versuch eines frühen

Übergangs zum Sozialismus in der DDR und in anderen Staaten, der sich aus der Konfrontation im Kalten Krieg ergab. Radikale Lösungen, abrupte Wendungen bestimmten die Politik. Eine allmähliche Evolution wurde verworfen. Statt die Volksdemokratie als die bessere Variante der formalen Demokratie auszubauen, setzte man auf einen überstürzten Sozialismus. Erfolgversprechender wäre es gewesen, die Massen für die Vollendung der bürgerlichen Demokratie zu gewinnen. Waren deren konsequenteste Forderungen doch bisher unerfüllt geblieben. Sie hätte man auf die Tagesordnung setzen sollen, um die Menschen auf neue, ungewöhnliche Lösungen vorzubereiten. »Die objektiven Widersprüche des alten Systems müssen sich in subjektive Interessen, in die Ideen, Ziele und Leidenschaften tätiger Menschen umsetzen.«³⁸

Die wesentlichsten Erkenntnisse aus der Niederlage lassen sich aus der Ökonomie ableiten. Die sozialistisch organisierte Wirtschaft, selbst in ihrer ausgeprägtesten Form als sozialistisches Weltwirtschaftssystem, war nicht in der Lage, auf dem Weltmarkt dauerhaft Fuß zu fassen und sich als stabile, kursbestimmende Kraft zu etablieren.

Der Aufbau einer neuen Gesellschaft forderte Opfer und Anstrengungen in einem Ausmaß, das die Menschen wenig von der erstrebten Überlegenheit des sozialistischen Systems zu spüren bekamen. Die Anstrengungen wurden im Laufe der Zeit größer. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts kamen mit dem Wettrüsten neue Belastungen hinzu. Die Sicherung des sozialistischen Systems und dessen angebliche Überlegenheit forderten den Menschen soviel Entbehrung ab, daß ihr Vertrauen schwand und die Zukunftsvisionen ihre Anziehungskraft verloren.

Von dem Weg, der mit der Oktoberrevolution beschritten wurde, distanzieren sich die evolutionär gesinnten Kräfte, die in der Sozialdemokratie ihr politisches Zentrum sahen. Sie setzten auf Reformen, auf eine schrittweise Besserung der sozialen Lage. Das große Experiment, das auf einem Sechstel der Erde unternommen wurde, betrachteten sie mit Skepsis oder mit Ablehnung. Als nach dem zweiten Weltkrieg der Sozialismus zum Weltsystem wurde und auf deutschem Boden ein sozialistischer Staat entstand, sah sich die kapitalistische Wirtschaft genötigt, größere Zugeständnisse an die Reformkräfte zu machen. Jetzt konzentrierte sich die Systemauseinandersetzung vor allem auf Deutschland. Es galt den Beweis anzutreten, daß die Vergesell-

schaftung der Produktionsmittel den Arbeitern keine besseren Lebensverhältnisse bringt. Die deutschen Arbeiter sollten sich selber davon überzeugen, wo ihre Bedürfnisse am besten zu befriedigen sind, Autos und Reisen eingeschlossen. So wurde die soziale Marktwirtschaft zu einem Instrument der Systemauseinandersetzung. Sozialdemokraten und Gewerkschaften vermochten beachtliche Reformen durchzusetzen. Auf diese Weise entstand ein Lebensstandard für die breiten Massen, den die DDR ihrer Bevölkerung nicht bieten konnte, trotz aller Leistungen auf dem Gebiet der Bildung, des Gesundheitswesens und der Kultur. Der Westen konterte die gesellschaftliche Überlegenheit, die der Sozialismus versprach, mit seinem materiellen Übergewicht. Dem konnten die Massen auf die Dauer nicht widerstehen. Schließlich war der Sozialismus mit dem Programm angetreten, solche materiellen Bedingungen zu schaffen, die die Menschen von der neuen Ordnung überzeugten. Doch nicht der Sozialismus, sondern die andere Seite konnte solche Vorzüge vorweisen. Obwohl die Industriellen diesen Prozeß aus eigenem Interesse unterstützten, bedurfte es der Kraft der Gewerkschaften und der sozial engagierten Parteienvertreter. So verbuchten die Reformkräfte Siege. Der von den Revolutionären verschmähte evolutionäre Weg fand Anerkennung.

Eric Hobsbawm nannte diese Phase nach dem zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre in Europa nicht zu Unrecht »das goldene Zeitalter«. Überblickt man vom Ausgang des Jahrhunderts den revolutionären und den evolutionären Weg, so muß man sagen, daß die Anstrengungen derer, die auf die Evolution setzten, die Massen überzeugt und letztlich an ihre Seite gebracht haben. Zugespitzt könnte man formulieren, sie seien die Sieger der Oktoberrevolution. Eine bessere Welt aber kam nicht zustande. Der Erfolg der Reformkräfte mag Ralf Dahrendorf veranlaßt haben, das zwanzigste Jahrhundert als das »sozialdemokratische« zu bezeichnen. Oskar Negt fand diese Kennzeichnung zu kühn und wandte ein: »Man könnte das 20. Jahrhundert ebenso auch das Jahrhundert des Marxismus nennen. Denn es gibt keine Idee, keine soziale Bewegung, in der nicht Bezug auf das Marxsche Denken genommen wird.«³⁹ Beide Kennzeichnungen gehören meines Erachtens zusammen. Die revolutionären Marxisten waren die Beginner. Was sie mit ihren radikalen Umwälzungen, dem großen Experiment, auslösten, kam jedoch mehr den Kräften zugute, die auf Reformen, auf den Weg

der kleinen Schritte setzten. Historisch festgeschrieben wurde ihr Sieg mit der Auflösung des staatlichen Sozialismus in Europa.

Doch die endgültige Antwort dürfte das noch nicht sein. Solange das sozialistische System seinen Schatten auf die Welt warf, konnte der Kapitalismus seine eigenen Widersprüche, die sozialen Gegensätze dämpfen. Als das sozialistische System zusammenbrach, hörten die Zugeständnisse auf. Das Kapital fuhr wieder einen konsequenten Kurs. Die Gewinne stiegen, die Arbeitslosigkeit nahm zu. »Wir haben es heute mit dem Kapitalismus zu tun, den Marx in seinem *Kapital* beschrieben hat ... Von 1980 bis 1998 haben sich die Gewinne der Industrieunternehmer verdoppelt. Löhne und Gehälter sind relativ stabil geblieben, die Arbeitslosigkeit indes hat sich ebenfalls verdoppelt. Diese Schere öffnet sich immer weiter. Wir befinden uns mitten in einer gesellschaftlichen Umbruchphase, in der immer mehr produziert wird unter einer immer geringer werdenden Anwendung von lebendiger Arbeit.«⁴⁰ Der Kapitalismus folgt wieder seinen ureigensten Triebkräften: Mehr Profit, mehr globale Macht. Vielleicht ist es wirklich so wie Joseph Alois Schumpeter in seinem 1942 erschienenen Werk *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* schrieb, nämlich daß der Kapitalismus nicht an seinen Krisen, sondern an seinen Erfolgen zugrunde gehen werde. Denn diese Erfolge sind die Niederlagen der Menschheit, die ein humanes Zusammenleben erstrebt. Deshalb wird ihr nichts anderes übrigbleiben, will sie überleben, das Experiment der Umwälzungen aller bisherigen Verhältnisse in radikal erneuerter Fassung zu wiederholen. Die Wissenschaft, die Theorie liefert dazu noch keinen Fingerzeig. Auch sollte man nicht so sicher sein, daß ein zweiter Anlauf gelingt. Der Fortschritt ist kein kontinuierliches Fortschreiten. Dazwischen liegen die Katastrophen.